

PRESSE-EINLADUNG

11.10.2018

Mythos Antifaschismus in der DDR

Diskussion über Fremdenfeindlichkeit im SED-Staat

Rechtsextremismus wurde in der DDR totgeschwiegen. Im antifaschistischen Staat durfte es keinen Rassismus geben. Am kommenden Donnerstag (18.10., 19 Uhr) diskutieren Historiker und Publizisten in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen über staatlich verordneten Antifaschismus und die vom Mielke-Ministerium geheim gehaltene Realität.

Zwar war nach außen von internationaler Solidarität die Rede, doch so international war die DDR nicht. Fremdenfeindlichkeit war wesentlich weiter verbreitet, als es die SED zugeben wollte. Hunderte Übergriffe auf Vertragsarbeiter aus Vietnam, Mosambik oder Kuba finden sich in Stasi-Unterlagen, einige mit tödlichem Ausgang. Für das Ansehen der DDR wäre das verheerend gewesen. Die SED- und Staatsführung verbot daher anschließende Ermittlungsverfahren.

Nach dem Mauerfall traten zahlreiche Neonazis öffentlich auf. Bei Anschlägen auf Asylunterkünfte 1991 und 1992 in Hoyerswerda und Rostock wurden zahlreiche Menschen verletzt. Warum hat selbst das Ministerium für Staatssicherheit Fremdenfeindlichkeit in der DDR so lange toleriert? Und wie wirkt sich das noch heute auf das Verständnis von Demokratie und Vielfalt aus? Darüber sprechen der SPD-Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby, die Historiker Harry Waibel und Christian Booß sowie der Publizist Konrad Weiß.

Zeit: Donnerstag, 18. Oktober 2018, 19 Uhr

Ort: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Genslerstr. 66, 13055 Berlin

Kontakt:

André Kockisch, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Telefon: 030 / 98 60 82-413

E-Mail: a.kockisch@stiftung-hsh.de

Anfahrt:

S-Bahn bis Landsberger Allee, von dort MetroTram 6 bis Haltestelle Genslerstraße oder Metro-Tram 5 bis Haltestelle Freienwalder Straße

MetroTram 5 und 6 auch direkt von S-/U-Bahn Alexanderplatz

Vom Bahnhof Lichtenberg:
Bus 256, Haltestelle Liebenwalder Straße/Genslerstraße